



2015/38 Inland

<https://jungle.world/artikel/2015/38/gotteskrieger-gesucht>

Die salafistische Straßenrekrutierung

Gotteskrieger gesucht

Von **Frederik Schindler**

In mehreren Städten haben Salafisten versucht, vor Asylunterkünften Flüchtlinge anzuwerben. Gleichzeitig regt sich Protest gegen die salafistische Koranverteilungskampagne, die mutmaßlich zur Rekrutierung für den »Islamischen Staat« (IS) genutzt wird.

»Stoppt die salafistische Straßenrekrutierung« – zu einer Kundgebung unter diesem Titel am 10. Oktober auf der Frankfurter Einkaufsstraße Zeil ruft der Freiburger Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi auf. Der Protest richtet sich gegen Koranverteilungsaktionen in deutschen Innenstädten durch salafistische Gruppen, die eine spezielle, zu ihrer Lehre passende Übersetzung nutzen. Ihnen wird vorgeworfen, junge Gläubige zu radikalisieren und IS-Unterstützerinnen und -Unterstützer für den Bürgerkrieg in Syrien zu werben. Die Polizei geht bislang von knapp 30 nach Syrien Ausgereisten aus Frankfurt aus, die sich zuvor an Verteilungskampagnen beteiligt haben – einige davon sind bereits ums Leben gekommen. »Unsere Kinder dürfen nicht von irgendwelchen Fanatikern missbraucht werden«, fordert Ourghi im Gespräch mit der Jungle World. Er leitet den Studiengang Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. »Ich habe nichts gegen die Verteilung von religiösen Schriften, aber ich bin gegen die Nutzung für politische und ideologische Zwecke.«

Vor wenigen Wochen haben Frankfurter Salafisten zudem versucht, Bewohner einer Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge anzuwerben. Diese waren zum Teil selbst vor dem »Islamischen Staat« geflüchtet und sehr erschrocken über die Missionierungsversuche. Mehrfach wollten die Salafisten dabei Kontakt zu den jugendlichen Geflüchteten aufbauen und sind erst abgezogen, als die Polizei verständigt wurde. Nach dem Vorfall wurden die Betreiber von Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge für das Problem salafistischer Missionierung sensibilisiert, wie die Frankfurter Neue Presse berichtete. »Die Salafisten wollen Kapital aus dem Leiden von hilflosen Menschen schlagen. Das ist unmenschlich«, so Ourghi weiter. »Es ist unglaublich, dass Menschen, die unter anderem wegen Gewalt im Namen des Islam geflohen sind, hier radikalisiert werden sollen. Man sollte die Flüchtlinge selbstverständlich unterstützen, aber nicht für politische Zwecke ausnutzen wollen.«

Ähnliche Vorfälle wurden auch in anderen Großstädten bekannt. Der prominente salafistische Prediger Pierre Vogel ruft bereits öffentlich dazu auf, Asylunterkünfte in der Umgebung ausfindig

zu machen und Geschenke vorbeizubringen. Auf seiner Facebook-Seite gibt er seinen Anhängern weitere Anweisungen, wie sie sich gegenüber den Neuankömmlingen verhalten sollen. Sein Kollege Sven Lau wiederum bezeichnet Medienberichte über diese Anwerbung als Lüge und als Taktik, um von der rassistischen Anschlagsserie gegen Unterkünfte von Schutzsuchenden abzulenken.

Auch vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales, wo viele Flüchtlinge auf ihre Registrierung als Asylsuchende warten und zum Teil unter unmenschlichen Bedingungen auf dem Boden campieren, tauchten kürzlich Salafisten des Vereins »Berliner Muslime« auf, die der radikalen al-Nur-Moschee nahestehen. Sie wollten Spenden verteilen, aber nur an muslimische Flüchtlinge, weshalb sie von den Freiwilligen der Initiative »Moabit hilft« weggeschickt wurden. Die Fraktionsvorsitzende der Linken in der Hamburger Bürgerschaft, Cansu Özdemir, machte ein entsprechendes Vorkommnis vor den Hamburger Messehallen öffentlich. Salafistische Frauen rissen einen Sichtschutz herunter, um mit den Flüchtlingen ins Gespräch zu kommen und ihnen Koran-Ausgaben in die Hände zu drücken. »Ich empfinde diese Situation als sehr gefährlich«, sagte Özdemir im Gespräch mit der Jungle World. »Die Flüchtlinge müssen sich hier sicher fühlen und nicht bedroht.« Es ginge »ganz konkret« um Rekrutierungsversuche. Auch gebe es Hinweise, dass Angehörige des Sicherheitspersonals Anhänger der Salafisten seien. Özdemir ist auch mit betroffenen Eltern in Kontakt und hat von Flüchtlingsinitiativen Informationen erhalten, dass eine Anwerbeoffensive während des islamischen Opferfestes Ende September geplant sei. »Die Situation darf nicht unterschätzt werden. Am sinnvollsten ist es, den radikalen Salafisten den Zugang zu Flüchtlingen so gut wie möglich zu erschweren. Der Senat muss das Problem und diese Gefahr ernst nehmen und die Flüchtlinge besser schützen«, fordert sie.

Wie erfolgreich die Salafisten mit ihrer Strategie sein werden, ist nicht abzusehen. Vor Krieg und Islamismus Geflohene werden wohl kaum Interesse an einer religiösen Radikalisierung haben. Allerdings sind viele alleinstehende jugendliche Flüchtlinge orientierungslos und suchen nach Anschluss und Unterstützung. Für die Behauptung, dass bereits Hunderte IS-Kämpfer als Flüchtlinge nach Deutschland eingereist seien, gibt es jedenfalls keine Indizien. Solche Gerüchte werden momentan immer wieder von Rechtspopulisten verbreitet, ungeachtet der Tatsache, dass es schon längst sehr viele IS-Unterstützerinnen und -Unterstützer in Europa gibt. Auch zur Teilnahme an der genannten Kundgebung in Frankfurt rufen Rechte im Internet auf. Die Veranstalter mussten sich deshalb mehrfach von Vereinnahmungsversuchen distanzieren. »Mit Pegida, AfD und sonstigen Rassisten und Faschisten wollen wir wirklich nichts zu tun haben. Wir sind Humanisten, denen es um das friedliche Zusammenleben der Menschen geht«, sagt Abdel-Hakim Ourghi. »Ich bin Moslem und setze mich auch für die Rechte von Minderheiten in Deutschland und gegen jegliche Art von Rassismus ein.« Ähnlich argumentiert ein Bündnis antifaschistischer Gruppen aus Nordrhein-Westfalen, das Salafisten kürzlich zum Abbruch ihrer Verteilaktion zwang. Es sei »ein Gebot der globalen Solidarität, auch hier gegen die islamistischen Prediger und Terrorfreunde aktiv zu werden«, heißt es in dem Flugblatt des Bündnisses, das auf der Facebook-Seite der »Antifa Essen Z« veröffentlicht wurde. Weiter schreibt das Bündnis: »Solidarität bedeutet für uns auch, die fortschrittlichen Kräfte zu unterstützen, die sich in anderen Teilen der Welt dem Vormarsch der Islamisten entgegenstellen. Nicht zuletzt heißt Solidarität auch Asyl für diejenigen, die vor dem islamistischen Terror fliehen mussten.«